



**Deutsches  
Jugendinstitut**

Deutsches Jugendinstitut e.V. Postfach 90 03 52 D-81503 München

Jugend und Jugendhilfe  
Abteilungsleitung

Dr. Christian Lüders  
Durchwahl: +49(0)89 6 23 06-210  
Fax: +49(0)89 6 23 06-162  
E-Mail: lueders@dji.de

München, 11. November 2006

**Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Arbeit gegen Rechtsextremismus – Auswertung und Weiterentwicklung“ am 20.11.2006 in Berlin**

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat in den letzten vier Jahren die wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms *Entimon* durchgeführt. Die folgende Stellungnahme basiert auf den dort gewonnenen Erkenntnissen sowie den Arbeiten der am DJI in Halle angesiedelten Arbeitsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

**1.) Zur Fortführung der Programme**

Es kann aus der Sicht des DJI kein Zweifel daran bestehen, dass eine Fortsetzung des Engagements des Bundes bzw. des BMFSFJ in Form eines neuen Programmes zur Förderung von Demokratie, Toleranz und zivilgesellschaftlichem Engagement einerseits und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen andererseits sinnvoll und notwendig ist. Auch wenn es richtig ist, dass eine Demokratie sich gegen Extremismen aller Art wehren muss, so gilt doch auch, dass angesichts der Entwicklungen der letzten 10 Jahre vor allem die Auseinandersetzung mit dem sich ausbreitenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen an erster Stelle auf der Agenda stehen muss.

## 2.) Zum aktuellen Bedarf

Die Entwicklungen während der letzten Jahre sind nicht nur durch eine beunruhigend hohen Zahl von rechtsextremistisch, fremdenfeindlich, antisemitisch motivierten Straftaten, einer nicht hinnehmbaren Zahl von Opfern rechtsextremer Gewalt und einer wohl eher zunehmenden Akzeptanz von Ungleichwertigkeitsvorstellungen auch unter Jugendlichen, wengleich nicht allein unter Jugendlichen, geprägt. Hinzu kommt, was anderenorts als Zivilisierung des Rechtsextremismus, als Besetzung des öffentlichen Raums bzw. als lokale Verankerung des Rechtsextremismus und als Ausbreitung einer rechtsextremen Jugendkultur beschrieben worden ist. Die entsprechenden Szenesymbole, Dresscodes, die einschlägigen Homepages und CDs, die Auftritte der Gruppen gelten unter immer mehr Jugendlichen als chic. Zusammen mit dem vor allem in einigen ländlichen Regionen beobachtbaren wachsenden sozialen Engagement durch rechtsextreme Gruppen (z.B. in Form der Übernahme von Ehrenämtern und Jugendclubs, der Durchführung von Dorffesten, der Pflege und Unterstützung Hilfsbedürftiger) sind wir mit einer – in dieser Weise neuen – Form der Veralltäglichung rechtsextremer Jugendkultur konfrontiert.

Diese Entwicklungen erfordern nicht nur weiterhin das sichtbare und glaubwürdige Engagement des Bundes als einer der wichtigsten politischen Akteure in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern auch die Weiterentwicklung der Programmstrukturen auf der Basis der bisher gemachten Erfahrungen.

## 3.) Zu den Ergebnissen

Formal betrachtet handelte es sich bei den beiden Programmen *Entimon* und *Civitas* um Modellprogramme des Bundes. Entsprechend seiner im SGB VIII, § 83, Abs. 1, gesetzlich begrenzten Zuständigkeit im Sinne einer Anregungsfunktion lag der Schwerpunkt der Projektarbeit auf der Entwicklung und Erprobung neuer Strategien und Ansätze in den Themenschwerpunkten der beiden Programme.

Mehr noch als in *Civitas*, weil es dort vergleichsweise klare Leitlinien gab, zeichnete sich die Praxis des Programms *Entimon* durch ein breites Spektrum an Methoden, Strategien und Konzepten aus. In einer ganzen Reihe von Projekten wurden vor dem Hintergrund der lokalen Herausforderungen neue Strategien entwickelt und Entwicklungsarbeit sowohl in konzeptioneller als auch in praktischer, methodischer Hinsicht geleistet. In einigen Fällen wurden Methoden aus benachbarten Handlungsfeldern, z.B. der Sozialarbeit oder Jugendarbeit übernommen und an die Bedingungen vor Ort angepasst bzw. entsprechend weiterentwickelt.

Man übertreibt nicht, wenn man feststellt, dass *Entimon* – wie im Übrigen auch *Civitas* – einen wichtigen Beitrag zur methodischen Weiterentwicklung der Fachpraxis in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einer-

seits und der Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Strukturen im Jugendalter andererseits geleistet hat. Vereinfacht formuliert: Sowohl das praktische Handwerkszeug in diesem Feld ist erweitert und verfeinert worden als auch das Wissen über die Gelingensbedingungen der jeweiligen Ansätze. Dies gilt beispielweise für Beratungs- und Begegnungsansätze mit den unterschiedlichen Zielgruppen, für kooperative, strukturelle, system- und institutionenbezogene Strategien sowie z.B. für Prozesse interkultureller Öffnung, der Verankerung von gewaltpräventivem und antirassistischem Mainstreaming, u.a. in der Jugendarbeit.

Ein – beliebig herausgegriffenes – Beispiel hierfür ist die Weiterentwicklung von Beratungskonzepten für Eltern und Angehörige von Jugendlichen, die sich entgegen den Wünschen der Eltern rechtsextremen Gruppen angeschlossen haben bzw. Tendenzen dazu zeigen. Einen rechtsextrem orientierten Sohn zu haben, ist diesen Eltern meistens sehr peinlich und wird als Versagen der eigenen Erziehung wahrgenommen. Mit dieser Belastung einher geht in vielen Fällen eine tiefgreifende Angst vor Stigmatisierung, Ausgrenzung und dem möglichen Auftauchen der Polizei nach einer Straftat. Beratung in diesen Fällen setzt voraus, sowohl über Kompetenzen zur Beratung in einer schwierigen Situation als auch über das fachliche Wissen (Gruppenstrukturen, ideologische Hintergründe, Wege des Ausstieges etc.) zu verfügen. Die Analysen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms *Entimon* machen deutlich, dass die Beratungsangebote von den Eltern und Angehörigen gut angenommen wurden. In mehreren Fällen kam es vor dem Hintergrund der starken Nachfrage zu einer Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Analysen zeigen weiterhin, dass es im Verlauf der Beratungsprozesse in zahlreichen Fällen gelang, den Wissens- und Informationsstand zum Thema „Rechtsextremismus unter Jugendlichen“ zu verbessern, eine Sensibilisierung und eine Schärfung der Wahrnehmung für diese Phänomene zu erreichen, einen Überblick über das komplexe Bedingungsgefüge des Rechtsextremismus zu vermitteln sowie eine Verminderung des Leidensdrucks bei den Betroffenen zu erwirken. In zahlreichen Fällen konnten im Rahmen der durchgeführten Beratungen konstruktive Bewältigungsstrategien erarbeitet werden. In Fällen der Beratung von Eltern und Angehörigen wurden – abhängig von der Länge der Beratung und der Bereitschaft der Betroffenen, familiäre Kommunikations- und Interaktionsmuster in der Familie zu überprüfen und ggf. schrittweise zu verändern – konstruktivere und deeskalierende Kommunikationsmöglichkeiten erprobt und umgesetzt. Nachhaltig veränderte und konstruktive Interaktionsmuster in der Familie konnten im Regelfall erst nach intensiver, langfristiger Beratung beobachtet werden.

Zugleich wurden auch die Grenzen dieses Zugangs deutlich. Obgleich die Beratungsangebote sehr niedrigschwellig angelegt waren, setzt die Kontaktierung der Beratungsbüros sowie die Inanspruchnahme der Beratung eine gewisse Wahrnehmungsbereitschaft und -fähigkeit, die Empfindung eines Leidensdrucks sowie ein Interesse und Engagement für den Jugendlichen bzw. die Familie voraus. Es hat sich u.a. gezeigt, dass sich insbesondere Familienangehörige und Personen aus eher desolaten Konstellationen in den weit aus meisten Fällen nicht freiwillig an die Beratungsstellen wenden konnten.

Das Beispiel ist auch charakteristisch für die Wirkung der Projekte: Die in den Projekten eingesetzten Strategien waren – je nach Reifegrad der Konzeptentwicklung – wirksam im Hinblick auf die jeweils gesetzten bzw. im Projektverlauf häufig präzisierten Ziele (hier z. B. also die Beratung und Unterstützung von Eltern, deren Kinder Mitglied in einer rechts-extremen Gruppe sind). Die Projekte haben damit vor Ort wichtige und zweifelsohne wirksame Beiträge zur Zielerreichung des Programms geleistet. Dabei gilt, dass die Reichweite der Projekte umso größer war, je besser sie in abgestimmte, zielorientierte Netzwerke eingebunden waren. Für eine realistische Einschätzung der Projekte und des Programms ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass die Ursachen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus vielfältig und komplex sind. Kein diesseitiges Projekt wäre allein in der Lage, diese Probleme zu lösen. Einzelne Projekte und Strategien können aus ihren jeweiligen Zugängen und Perspektiven heraus immer nur Beiträge leisten. Nur allein daran können sie sachgerecht beurteilt werden.

Zugleich machen die bisherigen Ergebnisse aber auch deutlich, dass es noch an zentralen Punkten weiteren Entwicklungsbedarf gibt. Probleme bereitet nicht nur der Umstand, dass die Praxis in dem hier in Rede stehenden Feld nach wie vor sehr vielfältig ist und nicht selten eher von guten Absichten als von bewährten Methoden geprägt ist, mit der Folge, dass nicht nur immer wieder das Rad neu erfunden wird, sondern manches Engagement ohne große Wirkung schnell verpufft. Erschwerend hinzukommt, dass es weithin anerkannte Standards so gut wie nicht gibt, während zugleich – wie oben angedeutet – ständig neue Herausforderungen durch den Wandel der rechtsextremen Angebote entstehen, auf die es zu antworten gilt.

Die beiden, gerade in Vorbereitung befindlichen Publikationen der wissenschaftlichen Begleitungen *Entimon* und *Civitas*, die voraussichtlich Mitte des Jahres 2007 erscheinen werden, werden auf der Basis ihrer Ergebnisse in Bezug auf die notwendige Professionalisierung der Praxis wichtige Bausteine liefern. Damit konnten wichtige Grundlagen geschaffen werden. Auf der Basis der nun vorliegenden Erfahrungen einerseits und der oben skizzierten Entwicklungen andererseits bedarf es aber auch weiterhin der Unterstützung bei der Weiterentwicklung entsprechender Strategien und Methoden für die praktische Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus im Jugendalter.

#### 4.) Zum neuen Programm für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Soweit die Strukturen dieses Programms bekannt sind, erweisen sie sich als der Versuch, aus den Erfahrungen zu lernen. Besonders zu begrüßen ist dabei, dass stärker als bisher auf integrierte Strategien – in Form der lokalen Aktionspläne – Wert gelegt wird. Nicht das einzelne Projekte oder die einzelne Maßnahme einer Initiative oder eines Trä-

gers – so gut sie auch gemeint war – haben sich als nachhaltig erwiesen, sondern die *Einbettung in die lokalen Strukturen sowie die Abstimmung und Vernetzung mit anderen vor Ort engagierten und einflussreichen Akteuren*. Alle vorliegenden Ergebnisse, Rückmeldungen aus den Projektstandorten und Erfahrungen aus anderen Programmen bestätigen, dass es richtig ist, den kommunalen Akteuren in den Gebietskörperschaften bei der Entwicklung und Antragstellung des lokalen Aktionsplans eine zentrale Verantwortung zuzuweisen.

In diesem Zusammenhang wurde wiederholt argumentiert, dass es Gebietskörperschaften gäbe, die Probleme mit rechtsextremen Tendenzen vor Ort – z.B. aus Imagegründen oder auch aufgrund fehlender Einsicht – leugnen würden und deshalb nicht zu einer Zusammenarbeit bereit seien. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass man besser auf die Beteiligung der Kommunen bei der Antragsstellung verzichten sollte.

Es ist vermutlich zutreffend, dass es solche, wenn auch nur wenige Gebietskörperschaften gibt. Zugleich muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass kein, auch unabhängig von der Verwaltung der Gebietskörperschaft beantragtes und durch ein Bundesmodellprogramm gefördertes Projekt vor Ort dies ändern kann. Projekte, wie sie durch Bundesmodellprogramme angeregt und gefördert werden, können, das wissen wir nicht nur aus *Entimon* und *Civitas*, sondern auch aus zahlreichen anderen Programmen, nur dann längerfristige Erfolge verbuchen, wenn sie vor Ort auf eine entsprechende, unterstützende Resonanz stoßen. Wo – aus welchen Gründen auch immer – dies nicht gegeben ist, können Bundesmodellprogramme keinen wirksamen Ersatz schaffen. In diesen Fällen bedarf es anderer, zusätzlicher gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen.

##### 5.) Zur Bereitstellung der zusätzlichen 5 Mio. €

Erfreulich ist der Beschluss, dass weitere 5 Mio. € für Beratung und Absicherung der strukturbezogenen Konzepte (Opferberatung, mobile Beratung und Netzwerkstellen) bereit gestellt werden. Aus unserer Sicht haben sich diese Ansätze bewährt. Was nun notwendig erscheint, ist aus den Erfahrungen mit diesen Ansätzen vor allem aus dem Programm *Civitas*, zum Teil aber auch aus dem Programm *Entimon* zu lernen, um einerseits die entsprechenden Konzepte weiterzuentwickeln und zum anderen die Bedarfsfrage zu entscheiden, also festzulegen, wo ein entsprechender Bedarf besteht und derartige Projekte implementiert werden sollten.

Noch nicht absehbar derzeit – zumindest für Außenstehende – ist, wie die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden: Wird es einen eigenen Haushaltstitel und damit ein eigenes Programm samt Infrastruktur und wissenschaftlicher Begleitung, möglicherweise auch noch unter der Verantwortung eines anderen Ressorts geben? In jedem Fall vermieden werden sollte der Aufbau von Parallelstrukturen.

Soweit zu sehen, gibt es – außer Stichworten wie „Task-Force Rechtsextremismus“ oder „Kompetenzzentrum für Toleranz und Demokratie“ – bislang keine ausgearbeiteten Konzepte für die Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel. Deshalb ist es aktuell müßig, über die Konsequenzen für die so genannte Säule 2 des geplanten Programms zu spekulieren. Bedauerlich wäre es, wenn die bisher vorgesehenen Beratungsaspekte gleichsam in den Schwerpunkt der aus den zusätzlichen Mittel geförderten Aktivitäten auswandern würden, weil dadurch u.U. zusammengehörende Praxisaufgaben sinnwidrig in unterschiedlichen Programmen verankert würden. Denn auch in Bezug auf die Inhalte sollte alles getan werden, um Parallelangebote oder gar konkurrierende Programmvorgaben zu vermeiden.